

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Ercheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 2,40 Mark. — An Mitverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht verkauft. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528.

Schriftleitung und Verlagsstelle:
Leipzig
Fischer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Anzeigengebühr für die dreigeheilene Kleinzeile 1.— M.
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen.

Nr. 3. Sonnabend, den 17. Januar 1920. 24. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Geppert sind: Betrieb des Steinmetzmeisters Schumann in Olbernhau. Firma M. Gode in Kaiserlautern, Granitwerk Hornberg (Schwarzwald). Die Steinbruchbetriebe des Ruhrbezirks, Steinmetzplatz Otto Reichering in Raumburg.

Hilg. Der Schlichtungsausschuss in Chemnitz hat in einem Schiedsspruch die Forderung der Serpentinsteinarbeiter von 80 Proz. Zulage als durchaus berechtigt anerkannt. Die Firmen wollten nur 20 Proz. bewilligen und weigern sich den Schiedsspruch anzuerkennen. Die Kollegen haben durch ihre Vertretung die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs beantragt. Solange die Regelung mit den Arbeitgebern noch aussteht, sind die nachstehenden Firmen als gesperrt zu betrachten: Schf., Serpentinsteingefellschaft in Böblitz und Serpentinsteinarbeiterfabrik Otto Hippmann in Knipprung.

Die Serpentinsteinarbeiter Gebr. Hilg in Böblitz haben den Schiedsspruch anerkannt.

Koch-Wetzlar. Durch Schiedsspruch in Chemnitz erhielten wir unsere Forderung von 50 Pf. Zulage pro Stunde und 70 Proz. auf Akkordarbeit bewilligt, damit beträgt die gesamte Teuerungszulage auf den alten Tarif 200 Prozent.

Holzapf. Die Verhandlungen über Lohnzulagen ziehen sich hier in die Länge und scheinen zum äußersten zu treiben. Arbeitsangehore nach Holzapf müssen abgelehnt werden.

Lungenfals. Den in Nr. 52 bekanntgegebenen Schiedsspruch haben unsere Arbeitgeber nicht anerkannt. Es wurde deshalb am 5. Januar die Arbeit eingestellt. Bezug ist selbstredend fernzuhalten, auch für Bildhauer.

In Mühlhausen ist die Situation ähnlich, nur haben unsere Kollegen dort nicht zur Arbeitseinstellung gegriffen, sondern beim Demobilisationsamt die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs beantragt.

Hittingen. Der Streit konnte mit Erfolg beendet werden. Der Stundenlohn wurde von 1,96 M. auf 2,40 M. erhöht. Die Arbeit ist am 7. Januar wieder aufgenommen.

Wand b. Markredwitz. Im Schottenerwerk erfolgte Arbeitseinstellung, weil der Druckverwalter sich beharrlich weigert, mit unseren Kollegen gemeinsam die Akkordfäße festzusetzen.

Zum Lohnausgleich für die Steigerung der Brot- und Kartoffelpreise auf den bereits an dieser Stelle in Nr. 2 verwiesen wurde, sei nochmals hervorgehoben, daß unsere Gewerkschaft mit der nötigen Anweisung versehen wurden. Die Bemessung dieser außerordentlichen Teuerungszulage richtet sich nach der Preissteigerung der betreffenden Prämienleistung im Wirtschaftsbezirk. Beträgt sie zum Beispiel 2 M. pro Kopf und Woche, dann erhält ein unverheirateter Kollege 2 M., ein verheirateter mit 2 Kindern 4 M. = 8 M. Diese besondere Beihilfe soll unbestimmt laufender Abmachungen und Teuerungszulagen in Frage kommen und mit keiner eben erlebigen, noch schwebenden oder künftig eintretenden Lohnbewegung in Verbindung gebracht werden. Rückwirkung ab 1. Januar 1920. Es muß damit gerechnet werden, daß ein Teil der Unternehmer diese Zahlung ablehnt mit dem Hinweis, der Beschluß der Zentral-Arbeitsgemeinschaft gehe sie nichts an, sie seien nicht organisiert usw. Kann für den Wirtschaftsbezirk keine Regelung erfolgen, dann muß es schließlich durch Zwangsmaßnahmen erfolgen. Unsere Zahlstellenverwaltungen wollen dieses beachten und in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften das weitere veranlassen.

Die Kosten des Lebensmittelbedarfs.

Eine sehr lehrreiche Arbeit veröffentlicht der Direktor des Bayerischen Statistischen Amtes, Prof. Dr. H. Silbergleit, aus deren Inhalt der Vorwärt folgende Ausführungen bringt:

Bei der fortwährenden Steigerung aller Preise, sei es im Gebiet des Ernährungsbedarfs, sei es in demjenigen der Bekleidung, sei es für Wohnung, Heizung und Beleuchtung, sei es endlich des Ausgabebedarfs für geistige, gesundheitliche und gefühlige Zwecke und nicht zuletzt auch bei der bevorstehenden starken steuerlichen Transparenzmaßnahmen, hat die Frage des Geldbedarfes zur Befriedigung des Existenzminimums von Tag zu Tag an Bedeutung gewonnen.

Die Physiologie führt die Nährmittel auf die drei Gruppen der Eiweißkörper, der Fette und der Kohlehydrate zurück und nicht sie nach Kalorien (die Kalorie ist ein Maß, das die Wissenschaft eingeführt hat, um die Wärmemengen, die in einem Körper erzeugt oder verbraucht werden, messen zu können. Die Kalorie ist die Wärmemenge, die notwendig ist, um 1 Kilogramm Wasser, d. h. 1 Liter, um 1 Grad Celsius zu erwärmen). Von diesen entfallen insbesondere nach den neueren Forschungen je 4,1 Kalorien auf 1 Gramm Eiweiß und 1 Gramm Kohlehydrate, 9,8 Kalorien auf 1 Gramm Fett. Man darf annehmen, daß für einen Mann von mittlerem Körpergewicht und mittlerer Arbeitsleistung im ganzen 3000 Kalorien täglich erforderlich sind, bereit, daß Fett und Kohlehydrate sich im allgemeinen vertreten können.

Der notwendige Lebensmittelbedarf nach Nährstoffgruppen, Wärmewert und nach der Art der Beschaffung im Spätherbst 1919.

Art der Beschaffung	Je Kopf und Tag						Kalorien	
	Menge						zusammen	
	Eiweiß		Fett		Kohlehydr.		g	%
Rationierung	46	41,1	26	44,8	347	68,8	1819	60,2
Freier Handel	54	48,2	9	15,5	70	13,9	628	20,8
Nichtöffentl. Verkauf	12	10,7	23	30,7	87	17,3	576	19,0
Zusammen	112	100,0	58	100,0	504	100,0	3023	100,0

Das Wesentliche ist, daß durch die rationierten Lebensmittel im November nur 60,2 Prozent des gesamten Kalorienbedarfs gedeckt waren.

Kostenfrage je Kopf für den notwendigen Ernährungsbedarf:

Art der Beschaffung	je Tag	je Woche	je Jahr
Rationierung	1,51	10,58	550,16
Freier Handel	3,55	24,86	1292,72
Nichtöffentl. Verkauf	2,41	16,87	877,24
Zusammen M.	7,47	52,41	2720,12

Die Erhöhung der Ernährungslosten in den letzten drei Monaten beträgt nahezu 100 Prozent! Blieben die Verhältnisse des November 1919 das ganze Jahr hindurch maßgebend, so würde das Existenzminimum allein, soweit nur die Ernährung in Frage kommt, für einen erwachsenen Mann mit 2700 M. sicher nicht zu hoch bewertet sein. Seit Anfang des Jahres 1920 sind wiederum Preissteigerungen von rationierten Lebensmitteln eingetreten: Brot von 0,82 auf 1,21 Mark, für Butter von 14 auf 28 Mark, für Margarine von 12 auf 14,56 Mark, für Hülsenfrüchte von 2,50 auf 8 Mark, für Karmelade von 2,60 auf 6,48 Mark, für Kartoffeln von 0,40 auf 0,50 Mark je Kilogramm. Veränderungen, durch welche eine Verteuerung dieser Lebensmittel herbeigeführt wird

von 1,51 auf 1,88 Mark je Kopf und Tag, von 10,58 auf 12,78 Mark je Kopf und Woche, von 550,16 auf 664,56 Mark je Kopf und Jahr.

Nun sollen für Kartoffeln und Zucker weitere Preissteigerungen bei der Rationierung zu gewärtigen sein, wodurch das Existenzminimum wieder eine Verteuerung erfahren würde, falls nicht etwa — was aber kaum anzunehmen ist — bei den anderen Arten der Beschaffung, sei es im freien Handel oder sei es im nichtöffentlichen Verkauf, ein Ausgleich zustande kommt.

Die Teuerungszulage in den Granitschleifereien.

Am 15. bzw. 16. Januar findet in Nürnberg eine gemeinschaftliche Beratung der Tarifkontrahenten statt.

Als im Jahre 1919 der Reichslohntarif für die Granitschleifereien zum Abschluß gebracht werden konnte, war auf Grund dieser Verhandlungen klar zu erkennen, daß trotz der beiderseitigen Bemühungen der Verhandlungskommission im gegenseitigen Verstehen, gewisse Spannungen, wenn nicht gar ernsthafte Meinungen im Verlaufe der Gültigkeitsdauer des Reichstarfs unausbleiblich sind. Wir meinen hier nicht jene, die bei der Einführung innerhalb der Tarifkontrahenten selbst sich vollzogen, sondern wir haben die Schwierigkeiten im Auge, die sich zwischen den Vertretern der Kontrahenten auftraten, als Folge der grundsätzlichen Auffassung ihrer Mandatgeber. Diese Schwierigkeiten haben ihre Wurzeln in der Notlage der Arbeiterschaft, hervorgerufen durch die andauernde Preissteigerung der Lebensmittel und zum andern in dem äußerst zähen und oft kurzschäftigen Kampf der Arbeitgeber im Verband deutscher Granitwerke gegen die Befehdung dieser Notlage. Die Verhandlungen über den R. L. T. zeichnen schon die heutige Situation in der äußerst zähen Verteidigung durch die Arbeitgeber in der Preisbewertung und -auswirkung der einzelnen Tarifpositionen. Gemiß wurde diese Fähigkeit ausgeglichen durch ebenfolgendes Verhalten der Arbeitgeber. Wohl kann allgemein über Tarif- und Lohnverhandlungen in andern Berufsgruppen unseres Verbandes daselbstes gesagt werden, und doch besteht im hartnäckigen Verteidigen der Gegenseite ein großer Unterschied. Wenn wir dafür das Wort „Grobzügigkeit“ anwenden, so trifft es ungefähr den Unterschied. Die Erfahrungen früherer Jahre bei Verhandlungen mit den Schleifereibesitzern deuten sich vollkommen mit denen bei den Reichstarrifverhandlungen und der jetzigen Situation in der Teuerungszulage. In der äußeren Form sind die Herren korrekt, konzipiant, das bringt so ihre geschäftliche Tätigkeit und Tätigkeit mit sich, aber in der Sache, um die es sich für die Arbeiterschaft handelt, ist sie mehr wie zugeknöpft. Das ist sogar sprichwörtlich in andern Arbeiterkreisen, die durch die örtlichen Verbindungen mit den Steinarbeitern in Berührung kommen. Diese sagen nicht mit Unrecht, daß „genau so hart und spröde, wie das in den Schleifereien zu verarbeitende Gestein, sind eure Arbeitgeber, wenn es gilt, eure Entlohnung zu verbessern“.

In den großen Schleifereibezirken, wie in der Lausitz, dem Odenwald, und ja nicht zu vergessen im Fichtelgebirge war und ist es heute noch bei allen Verhandlungen ein aufreißendes Feilschen um Nennwerte und haben die Arbeitgeber mal einer längeren fähigen Aufbesserung sich nicht entziehen können, dann aber immer im hinterherhinkenden Sinne. Die Lebenshaltungskosten und auch die Entlohnung in andern Berufen sind den Arbeitern in den Granitschleifereien stets vor Augen. Die Folge davon ist, daß in dieser Gruppe unserer Berufsgruppen die man einmal so notwendige Berufsfreudigkeit nimmer aufkommen will und nach den Verhältnissen auch nicht aufkommen kann. „So war es früher, so ist es heut“ in viel klammerndem Maße. Begt das nun an der Arbeiterschaft? Keines! Die fortwährende Teuerung legt dem Arbeiter wie ein Würger an der Kehle, er hat kein andres Mittel, sich dieses Würgers zu erwehren, als — höhere Entlohnung zu fordern. Alle volkswirtschaftlichen Lehren, Ermahnungen und Verordnungen — sätigen nun einmal nicht und befriedigen auch sonst keine notwendigen Bedürfnisse, sie gehalten also kein Zuarbeit auf bessere allgemeine Wirtschaftsverhältnisse. Andre Arbeiterkreise, die viel später sich um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen bekümmert haben, sind den Schleifereiarbeitern weit überlegen in ihrem Einkommen; sie haben zum weitaus größten Teil nicht die schwere körperliche, verantwortungsvolle oder gar künstlerische Arbeit zu leisten. Kann man unter solchen Verhältnissen das ungestörte Drängen nach höherer Teuerungszulage unverständlich finden? Sicher nicht! Alles Sträuben der Schleifereibesitzer wird nichts helfen, alle ihre bisher behandelte Fähigkeit kann die Arbeiterforderungen, diktiert von der Not, nicht mehr bändigen. Wollen die betreffenden Arbeitgeber ihre Betriebe aufrechterhalten und wollen sie ferner nicht, daß ihre eingearbeiteten Kräfte sich andrer Tätigkeit im Wirtschaftsleben zuwenden, dann müssen sie notgedrungen die jetzige Teuerungszulage von 130 Prozent ganz bedeutend aufbessern. Dem langsamen Selbstmord unter den heutigen Teuerungsverhältnissen können Arbeiter und Organisation nicht mehr wartend zusehen.

Wohl ist uns allen bekannt, daß die Produktion in den Granitschleifereien keinen Lebensbedarf deckt (ein Hinweis, der bei Verhandlungen gern angezogen wird); aber wir wissen auch, daß die Preise der fertigen Schleifereiprodukte mit der Geldwertung und der sonstigen Preisbildung durchaus Tempo gehalten haben. Ja, in demselben Verhältnis, wie die Schleifereilöhne zur Teuerung zurückbleiben, ist die

Preisbildung in Denkmalarbeiten der Geldwertung vorausgesetzt. Es ist gewiß kein Geheimnis, wenn uns Kollegen aus einzelnen Orten mitteilen, daß die Preissteigerungen für fertige Denkmalarbeiten im Vergleich zur Lohnsteigerung in keinem Verhältnis stehen und in vielen Fällen geradezu ungeheuerliche Differenzen aufweisen im Vergleich mit früheren Jahren. Kann man nun bei diesen Tatsachen etwa sagen, eine Teuerungszulage von 200 Prozent auf die „Friedens-Tariflöhne“ (die durch den R. L. T. dargestellt werden) ist unbedeutend? Oder gar behaupten, die Industrie ertrage es nicht? Keines! Und oberhalb nein! Im Gegenteil, durch die neuere Steigerung der Brot- und Kartoffelpreise muß eine noch höhere Zuschlags-Forderung erhoben werden.

Würdigen wir nun das Verhalten der Schleifereibesitzer, vertreten durch den Verband deutscher Granitwerke, in der Gewährung einer zeitentsprechenden Zulage in chronologischer Reihenfolge der Tatsachen, dann muß kurz und bündig gesagt werden: Nun ist's genug! Der Wogen hat, bildlich gesprochen, die für die Spannung erreicht, und wenn am 16. Januar in Nürnberg sein Ausgleich eintritt, dann ist ein Zerplatzen des Bogens unausbleiblich. Trotz Reichslohntarif, Samentos nützen dann den Schleifereien nichts mehr. Das ewige Hin und Her, das Verschieben und Verschieben der endgültigen Regelung muß sein Ende nehmen! Doch lassen wir die Tatsachen wirken:

Am 1. Oktober 1919 trat der Reichslohntarif in Kraft. Die Teuerungszulage betrug auf den Tarif 130 Prozent einschließlich des Ausgleichs für den Lichtstundentag.

Am 1. November beantragt der Steinarbeiterverband, die Teuerungszulage von 130 auf 180 Prozent zu erhöhen, und zwar ab 1. November 1919 und ab 1. Dezember 1919 Prozent. Ebenso soll in demselben Verhältnis die Aufbesserung der Stundenlöhne bezirksweise erfolgen.

In einer Verhandlung in Hof am 20. November für den Fichtelgebirgs-Bezirk boten die Arbeitgeber auf unsere Forderung insgesamt 20 Prozent Teuerungszulage, und zwar ab 1. November 19, ab 1. Februar 1920 abermals 10 Prozent.

Der Steinarbeiterverband lehnte dieses minimale Angebot ab und empfahl den Kollegen, nimmere die Schlichtungsausschüsse anzurufen, um so örtlich oder bezirksweise die zeitgemäße Teuerungszulage herauszufinden.

Der Verband deutscher Granitwerke bestritt die Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse in dieser Frage, weil der Tarif Reichstarrif sei und die Zulage im Streitfall höchstens vor dem Reichsarbeitsministerium erledigt werden könne.

Ein Versuch unserer Moskauer Kollegen vor dem dortigen Schlichtungsausschuss scheiterte, weil der Ausschuss sich die Abweisung der Unternehmer ebenfalls zu eigen machte und nicht zuständig sein wollte.

Der Verband deutscher Granitwerke schloß nun gemeinsame Verhandlung vor, und dann evtl. ein Schiedsgericht unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums.

Der Steinarbeiterverband lehnte diesen Vorschlag ab, weil der R. L. T. gegen den früheren Schiedsspruch derselben Instanz in einem umfangreichen Schriftsatz protestiert hat. (Siehe Steinarbeiter Nr. 49 vom 6. 12. 1919.) Die Druckschläge und Stundenlöhne laut dem Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums hat er heute noch nicht anerkannt. Nach unserer Auffassung kann man nicht ein neues Schiedsgericht dieser Instanz fordern, wenn der vorhergehende Schiedsspruch noch nicht anerkannt ist.

Der Steinarbeiterverband schlug nun eine gemeinsame Sitzung in Leipzig vor für den 7. Januar und beantragt eine Nachholung von 20 Prozent Teuerungszulage vom 1. Oktober ab. Diese Sitzung konnte nicht stattfinden. Unternehmer angeblich verhindert.

Beide Verbände einigen sich dann auf Sitzung am 15. bzw. 16. Januar 1920 in Nürnberg, und im Falle dort keine Einigung über die Teuerungszulage erfolgt, soll ein Schiedsgericht des dortigen Demobilisationsamts darüber entscheiden.

Der Verband deutscher Granitwerke erklärt sein Einverständnis mit dieser Behandlung in einem Schreiben.

In einem erneuten Schreiben wird dieses Einverständnis in verklärter Form wieder eingeschränkt. Da erst kein Ausschuss darüber entscheiden müsse, ebenso über die rückwirkende Auszahlung der geforderten 20 Prozent.

Am 30. Dezember erhebt der Steinarbeiterverband die Forderung, die Teuerungszulage statt auf 180, auf 200 Prozent zu erhöhen und protestiert in scharfer Form gegen die Verschleppung. Ferner auch beim Reichsarbeitsministerium, auf die evtl. Folgen der Arbeitgeber-taktik hinweisend.

Am 6. Januar telegraphisch die Mitteilung von Verband deutscher Granitwerke, daß sie mit der vorgeschlagenen Behandlung in Nürnberg einverstanden sind.

Damit ist nun die Bahn frei für die Verhandlungen am 16. Januar in Nürnberg. Dort wird nun entschieden über

1. die laut angefochtenem Schiedsspruch strittigen Punkte und den sonst sich herausgestellten Differenzen (Kostlo, Schmalstaden, Bohmen usw.);
 2. über die geforderte Teuerungszulage von 200 Prozent;
 3. über rückwirkende Auszahlung von 20 Prozent Teuerungszulage; ab 1. Oktober;
 4. über die von der Zentralarbeitsgemeinschaft angelegte Ausgleich der neuen Lebensmittelpreise (Brot und Kartoffeln).
- Wenn diese Nummer des Steinarbeiters in die Hände der Mitglieder gelangt, ist die Entscheidung in Nürnberg wohl schon gefallen. Aus der ganzen Darstellung ist zu ersehen, daß der Kampf um das bisherige Lebenslohn und -dasein für die Schleifereiarbeiter mit den Arbeitgebern ein recht zäher ist, und daß die Leitung untr Organisations ihr Möglichstes versucht hat, die Angelegenheit zur Entscheidung zu bringen. Sie hat sich soweit zugesetzt, daß sie droht, ein unentwirrbarer Knäuel von Briefen, Protokollen und Telegrammen zu werden. Darum hat nimmere mit Recht die Verbandsleitung die Akten zugeklappert mit der Bemerkung: Nun ist's genug! In Nürnberg wird das letzte Wort darüber gesprochen!

Beim Schluss unseres Blattes seien wir nun in der Tagespresse, daß ab 13. Januar in Bayern eine neue Verkehrszerre eintritt, wodurch die angezeigten Verhandlungen in Nürnberg vielleicht in Frage gestellt werden. Ein abermaliges Verschieben ist mit Rücksicht auf die Schleifereikollegen äußerst unangenehm und macht die Situation immer gespannter. Den Ort Nürnberg möchten wir deshalb beibehalten, weil es nach aller Voraussicht doch zu einem Schiedsgerichtsverfahren kommt und jenes vor dem Demobilisationsamt in Nürnberg bei dem kürzlich gestifteten Bayr. Verkeinstarif uns zum größten Vertrauen berechtigt. Wir können also beim Blatt-Schluss die Verhandlungsmöglichkeit noch nicht übersehen. Sollte es wirklich verlohren werden, dann, Kollegen, keine Illusion, sondern aufgehoben ist nicht aufgegeben!

Katastrophe — oder blinder Marm?

Unter dieser Überschrift wird in der „Steinfeder-Zeitung“ Nr. 1 unter dem Titel zur gollfreien Einfuhr schwedischer Pflastersteine und Nr. 52 des „Steinarbeiter“ zum Abdruck gebracht. Aus eigenem sagt dann die Redaktion — Genosse Anoll — folgendes:

Bei allem Verständnis für die Lage der deutschen Stein- arbeiter und der Gewerkschaften, die wir für sie als Angehörige einer Bruderorganisation nicht nur pflichtgemäß empfinden, können wir nicht verhehlen, daß unserer Auffassung nach die vorstehenden Aus- sührungen weit über das Ziel hinausschießen. In seinem Eifer, die Lage der deutschen Steinindustrie und ihrer Arbeiter als schuf- bedürftig hinzustellen, wird u. G. hier doch zuviel auf einmal be- messen. Der „Steinarbeiter“ läßt nämlich einen nicht ganz un- wichtigen Faktor bei seinen Betrachtungen gänzlich außer acht — die Valutafrage! Was nicht die heute den deutschen Stadtverwal- tungen selbst in den Ost- und Nordseehäfenstädten, wenn sie von Schweden Pflastersteine gollfrei hereinbekommen können — wenn sie sie überhaupt nicht bezahlen können! Vor dem Kriege kostete in Berlin und Umgebung ein Quadratmeter schwedischer Reihen- steine dritter Klasse 5 M. bis 5,50 M. Damals stand die deutsche Reichsmark auf Wert. Heute müßten bei gleichgebliebenen schwedi- schen Verkaufspreisen die deutschen Stadtverwaltungen für den Quadratmeter derselben Steine mindestens 64 M. zahlen. Nun sind aber die Produktionskosten auch in den schwedischen Stein- brüchen gestiegen, was dazu geführt hat, daß schon vor zwei Jahren die Preise ungefähr verdoppelt wurden. Angenommen selbst, daß sie seitdem nicht mehr gestiegen sind — was aber sicher nicht zu- treffen dürfte —, so bedeutete diese einmalige Preiserhöhung, daß für den Preis für den Quadratmeter schwedischer Pflastersteine in Deutschland, wo er früher 5 M. gegolten hat, auf rund 125 M. oder der Preis für jeden einzelnen Stein auf 3 bis 4 M. belaufen würde... Dabei sind die außerordentlich hochpreisigen Trans- portkosten noch gar nicht mit einbezogen, die heute für den Quadrat- meter allein vielleicht schon soviel ausmachen, wie früher der Preis für den ganzen Quadratmeter Steine.

Und da auch nicht daran zu denken ist, daß die deutsche Valuta aus in den nächsten drei Monaten auch nur annähernd ihren früheren Stand erreicht haben wird — sie jetzt sind immer nur noch Ansätze für das Gegenteil vorhanden —, so muß man bei möglicher und leidenschaftlicher Prüfung schon zu dem Ergebnis kommen, daß hier der „Steinarbeiter“ Gespinnst spinnst. Bei dem gollfreien Einfuhrverbot unter der Valuta ist es auch ausgeschlossen, daß die schwedischen Steinexporteure den deutschen Stadtverwal- tungen große Kredite einräumen; und selbst wenn sie das Wagnis auf sich nehmen würden, so kann keine deutsche Stadtverwaltung sich um solche Geschäfte kümmern, die sie bzw. ihre ganze Finanz- veraltung in die Hände von ein paar schwedischen Steinhändlern geben würde.

Wir teilen bekanntlich die Anschauungen, wie sie heute im Steinarbeiterverband über die Pflastersteinsollfrage vorzufinden sind. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß die deutsche Stein- industrie unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht beun- ruhigen kann, den ganzen deutschen Pflastersteinmarkt für sich allein zu haben. Und die Arbeiterchaft unseres Berufes leidet zum Teil schwer unter der Last, daß die Einfuhr schwedischer Pflastersteine unter dem Druck der durch den unglücklichen Kriege- anfang entstandenen wirtschaftlichen Verhältnisse gollfrei aufge- hört hat. Aber wir sind auch einmütig und vorurteilsfrei genug, anzuerkennen, daß unter diesen unglücklichen Verhältnissen kein vernünftiger Mensch die Einfuhr ausländischer Pflastersteine fordern kann. Das hat aber nicht zu tun mit der Argumentation des „Steinarbeiter“, die wir nicht nur für verfehlt, sondern auch für einen schweren tatsächlichen Fehler halten. Die Begründung dieser Auffassung möchten wir uns im Interesse unserer Bruderorganisa- tion erlauben.

Die Verhandlung der Steinfeder und die der Stein- arbeiter haben in dieser Hinsicht entgegengelegte Auffassungen; darüber sind bekanntlich in unserm Organ und bei andern Gelegenheiten früher schon des öfteren die Klagen geklärt worden. Wenn wir nun die obige Forderung voll zum Ausdruck bringen, so nicht deshalb, um diese Streitfrage von neuem aufzurollen, sondern um unsere Verbandmitglieder zu informieren und sie werden be- sonders in den großen Steinbruchgebieten wohl ihre helle Freude daran haben, was der Genosse Anoll geschrieben hat. Sie werden über auch beurteilen, wer mit seiner Auffassung übers Ziel hin- ausschielte. Daß die Valutafrage in der Angelegenheit von uns nicht berücksichtigt wurde, ist nun weiter keine Unterlassungsfünde und auch keine besondere Entschuldigung des Gen. Anoll, denn der Valuta- stand macht wohl momentan die Einfuhr der Pflastersteine zur Un- möglichkeit, ist aber doch kein Dauerzustand und kann infolgedessen in unserer prinzipiellen Auffassung in der gollfreien Einfuhr der Pflastersteine nicht ändern. Die schwedischen und die — deutschen Steinhändler werden dem schon eine gangbare Seite abgemessen, darüber sind wir uns vollständig klar und die Zukunft wird es auch zeigen. Den rechnerischen Nachweis, wenn er etwa zu unserer Be- lehrung gebracht war, hätte Gen. Anoll sich durchaus sparen können, ebenso die deplizierte Bewertung der Gespinnsterei. Wenn wir die Überzeugung durch die hiesigen Tatsachen gewonnen haben, daß unsere Berufscollegen in der deutschen Pflastersteinindustrie von der gollfreien Einfuhr geschädigt wurden und in Zukunft weiter geschädigt werden, so sprechen wir das feststehend aus und — wehren uns dagegen mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen; ja, wir sprechen es auch dann aus und greifen zur Abwehr, wenn an unserm daraus entstehenden Verhalten die übliche Schab-

lone nicht angehalten werden kann! Wir bekämpfen ja auch nicht die Einfuhr an sich, sondern die letztere soll nicht billiger die Steine auf den deutschen „Markt“ schleudern, als wie in Deutsch- land hergestellt. Das Argument unseres Freundes Anoll, daß ein Teil Steinfeder durch die Einfuhrbeschränkung in der Arbeitse- legenheit behindert werden, kann schließlich auch auf andere Arbeiterkategorien ausgedehnt werden, wie es zum Beispiel „Der Grundstein“ vom 7. Juni 1919 in einer sehr sachlichen Besprechung dieser Angelegenheit brachte, vielleicht dürfen wir den Gen. Anoll auf diesen Artikel aufmerksam machen. Was die Steinfeder schädigt in ihrer Berufstätigkeit ist nach unserer Auffassung zum wenigsten Teil auf die Einfuhrbeschränkung durch Zoll zurückzuführen, und sind in der Hauptsache wohl die andern Pflasterarten (Asphalt, Zement, Holz usw.). Wir Steinarbeiter haben als die Produzenten, als die Hersteller der Pflastersteine ein weit einschneidenderes Interesse an der Sache, als wie die Steinfeder, letztere kann es im Grunde gleich bleiben, ob sie deutsche oder schwedische Steine setzen; Hauptsache für sie ist wohl immer, daß Steinmaterial vor- handen ist, wenn es benötigt wird; und Lieferbar sind jedenfalls die deutschen Steinbrüche. Es ist leider ein trauriger Zu- stand, daß deutsche Bauherren in Stadt und auf dem Lande ihr Verlangen kundgeben nach ausländischem Material, was in gleicher Güte, wenn auch hier und da etwas teurer, in eigenen Lande ge- nügend vorhanden ist. Im übrigen ist ja das Handelsabkommen mit Schweden, soweit die gollfreie Steinfuhr für uns in Frage kommt, nun doch verlängert worden. Die Zukunft wird uns das weitere lehren, vielleicht gibt sich dann noch einmal Gelegenheit, auf Grund der dann vorliegenden Tatsachen, uns mit dem Gen. Anoll auseinanderzusetzen von wegen der Gespinnsterei. Auch hätten wir es viel lieber gesehen, wenn er seine Begründung zu unserm „schweren tatsächlichen Fehler“ ausgepaßt hätte. Die ganze Mühsal- nahme auf uns halten wir bei aller Anerkennung der Brüderlich- keit gar nicht einmal für richtig.

Bezugnehmend auf den schwedischen Handelsver- trag und die deutsche Natursteinindustrie schrieb das Berliner Tageblatt: „Während des Krieges und nach dessen Beendigung bestand zum Schutze der deutschen Naturstein- industrie der Granitindustrie, ein Einfuhrverbot für schwedische Granite, da für den Bedarf an Pflastersteinen, Bordsteinen und bearbeiteten Werksteinen die eigenen deutschen Steinbrüche nicht mehr als ausreichend. Aufnahmefähig ist Deutschland nur für die schwarzen und hochroten schwedischen Granite in rohen Blöcken zur Weiterverarbeitung in der deutschen Granitsteineindustrie. Einfuhrkontingente, die von Interessenten gestellt wurden, erfuhren scharfe Prüfung, woraufhin überwiegend Ablehnung erfolgte. Vor noch nicht langer Zeit ist der deutschen Steinindustrie von den ausländischen Stellen zugesichert worden, daß dieser Schutz beibe- halten werde. Jetzt wird die genannte Industrie mit der Tatsache überhäuft, daß der Handelsvertrag mit Schweden auf zunächst drei Monate verlängert werden soll, daß die schwedischen Pro- dumenten die Öffnung der deutschen Grenzen für rote und behauene Steine aller Art beanspruchen, und daß die deutsche Regierung in Erwägung zieht, Bewilligungen der zu stellenden Einfuhrkontingente grundsätzlich zu versperren, praktisch also das Einfuhrverbot auf- zuheben. Hiergegen haben die deutschen Interessenten — Arbeit- geber und Arbeitnehmer — durch ihre Berufsvertretungen beim Reichswirtschaftsamt und Auswärtigen Amt unter eingehender Begründung scharfsten Einspruch erhoben. Nur soviel sei kurz gesagt: Für die schwedische Granitindustrie ist die Einfuhr nach Deutsch- land eine wünschenswerte Sommerziel (alter Ausdruck für Handel und Verkehr, vgl. d. St.) Erleichterung, indes keine Lebensfrage, wohl aber für uns. Die deutsche Steinindustrie, soweit sie durch diese Einfuhr berührt wird, befindet sich durch die schwer auf ihr lastende lange Kriegsdauer, die eingetretene starke Einschränkung ihrer Absatzgebiete, die Folgen des andauernden Wagenmangels uho. in einer Lage, die ohnehin die Stilllegung vieler Betriebe in gefährdeter Nähe rückt. Mit Öffnung der Grenzen ist das Schicksal dieser Betriebe besiegelt, viele Hundtausende von Arbeitern werden entlassen werden müssen und der öffentlichen Fürsorge anheimfallen. Wie man es verantworten will, zugunsten der schwedischen Konkurrenz eine der wenigen Industrien lahmzulegen, die auf der Grundlage hinreichender inländischer Rohmaterial- quellen arbeiten können und bei einiger regierungsjähriger Unter- stützung durch Ausrüstung und Wagnisbeschaffung auch durchzuhalten bestrebt ist, ist uns unerfindlich.“

Aus dem Maintal.

Seit August wird im Maintal mit einigen kleinen Ausnahmen im Stundenlohn gearbeitet. Nach dem Schlichtungsaustrag-Schiedspruch vom 9. Juli 1919 können Arbeiten auch im Afford ausgeführt werden, jedoch ist der Stundenlohn garantiert. Die Affordhöhe wären nach dem Sachverständigen zu berechnen und die Prozentzuschläge hierzu durch eine beiderseitige Kommission bis zum 20. August festzusetzen. Unse- rseits wurden drei Kollegen zu dieser Kommission gewählt und die Unternehmer hiervon verständigt. Die Unternehmer, die sozusagen aus dem Sachverständigen aufdrängten, haben anscheinend bis heute noch keine Kommission bestimmt, so daß bis dato über die Prozentzuschläge noch keine Verhandlung stattgefunden hat. Solange nun diese Zuschläge nicht festgelegt sind, kann selbstverständlich nur im Stundenlohn ge- arbeitet werden. In jenen Betrieben, wo außer Sandstein auch noch Kalkstein bearbeitet wird, kann nur (wie auch in der Verhandlung am 4. August erwähnt) der unterfränkische Muschelschleifertarif in Be- tracht kommen. Jetzt soll einmal sollen bei der Firma Winterheld auf dem Werkplatz F e s e n b a c h Kalksteinarbeiten, die noch Würz- burg an das Juliuspital kommen, im wilden Afford gemacht werden. Es wäre dagegen nichts einzuwenden, wenn der Muschel-

schleifertarif in Anwendung gebracht würde, dagegen aber nicht die Firma einmah auf die Bestimmungen des Schlichtungsaustrags über die bei den Kollegen, nach wie vor den Bestimmungen verbleibt. Man will also hier wie früher den wilden Afford wieder einführen, und glaubt, jetzt im Winter die Gelegenheit hierzu günstig. Nachdem nun die Kollegen einige Tage wegen der Kälte ausgefallen haben und dann am 17. De- zember, als die Kälte wieder etwas nachließ, die Arbeit wieder auf- nahmen, erklärte ihnen der Postier, daß die Arbeiten an das Julius- spital nach Würzburg im Afford gemacht werden müssen, es sei für den ganzen Winter Arbeit vorhanden und lege auch die schon oben erwähnten Affordpreise vor. Die Kollegen lehnten dies natürlich ab und müßten darauf noch andere Arbeiten. Die Preise sind auch in- niedrig gehalten, daß es nicht möglich ist, den Stundenlohn, der ab 1. Dezember um 10 Prozent erhöht, aber trotzdem der jetzigen Leue- rung noch lange nicht entspricht, unter den größten Anstrengungen zu erreichen. Nachdem aber der Stundenlohn laut Vertrag garantiert wird, könnte man annehmen, es könnte für uns nichts Nachteiliges entstehen und die Unternehmer durch die Affordpreise keine Vorteile erzielen. Die Unternehmer glauben aber, daß im Afford mehr gearbeitet wird als im Stundenlohn (wie sie ja bei den einzelnen Unterhandlungen so oft erwähnt) und bei den niedrigen Affordhöhen jeder Kollege seine Kraft hergäbe, um nur auf den Stundenlohn zu kommen, und vielleicht sogar noch etwas mehr heraushole. Der Postier wird sodann schon dafür sorgen, die Kollegen anzudecken, be- sonders die jüngeren, um mindestens auf den garantierten Stunden- lohn zu kommen. Eventuell dann am Zahlungs- tag, wenn ein Kol- lege den Stundenlohn nicht erreicht, auch nicht mehr ausbezahlt wird, als nach den niedrigen Affordhöhen verdient wurde. Wir hören schon die Erklärung, er habe nicht genügend gearbeitet!

Bei einer Unterhandlung wurde auch von den Unternehmern er- wähnt, man hätte doch auch vor dem Kriege Winterlöhne gehabt. Das scheint noch in den Köpfen der Unternehmer zu spuken, man möchte es jetzt gern wieder einführen. Obgleich wir Steinarbeiter im Winter wärmere Kleidung usw. nötig, somit auch mehr Ausgaben, ganz be- sonders bei der jetzigen Leuerung haben, will man deshalb im Winter nicht höhere, sondern niedrigere Löhne einführen. Vor dem Kriege wurde im Maintal leider immer im wilden Afford gearbeitet. Die Affordhöhen waren so niedrig, daß ein Steinmeh im Sommer kaum das verdienen konnte, was er zum Leben brauchte und deshalb er sich nichts zurücklegen konnte. Im Winter bei eintretender Kälte oder Arbeitslosigkeit fehlte es dann an allem zur Existenz. Schon deshalb streikten die meisten unserer Kollegen etwas Landwirtschaft, haben sich meistens ein bis zwei Kackerchen gepachtet, damit annähernd ihr persönlicher Bedarf an Kartoffeln gedeckt werden kann, außerdem noch etwas Grund, um wenigstens im Winter auf einige Wochen ihr Brot zu haben. Diese Arbeit bleibt nun den Frauen überlassen, diese müssen sich jahrein, jahraus tüchtig abradern, um nur das Notdürftigste den Mäher über zu haben. Auch müssen die Frauen in den meisten Fällen noch Tagelohnarbeiten verrichten, um sich und die Kinder bei den schlech- ten Löhnen über Wasser halten zu können. Die Kinder werden sich so- bald den Tag über allein überlassen, und im Haushalt ist es der Frau nicht möglich, überall nachzukommen. Welt nun ein Teil Kol- legen diese Ausgaben auf die betreffenden Lebensmittel (Kartoffeln und Brot) auf einige Wochen im Winter nicht haben, glauben nun die Unternehmer, dieses für sich beanspruchen zu müssen und kürzten früher im Herbst auch noch die erbärmlichen Löhne und führten die bereits erwähnten Winterlöhne ein. Ein Teil unserer Kollegen ist aber nicht in der Lage, ein Kackerchen zu pachten oder gar sein Eigen zu nennen, und sie müssen genau so wie andere Sterbliche in der Stadt sämtliche Lebensmittel ebenso teuer einkaufen wie jene. Trotz der jetzigen Stundenlöhne und der von Tag zu Tag immer teurer werdenden Lebensmittel und Bedarfsartikel glaubt man nun auf der einen Seite, weil einige Kollegen im Besitze einiger Lebensmittel sind, und auf der andern Seite die Not der Kollegen dazu benutzen zu können, das wilde Affordsystem und Winterlöhne wieder einführen zu können nach altem Schema, trotz Schlichtungs- und Schlichtungs- ausgleichs und der von den Unternehmern und Arbeitern getroffenen Vereinbarungen. Dies zeugt von wenig Verständnis für die jetzigen Zeitverhältnisse. Schon bei einer Unterhandlung im Mai erklärten die Unternehmer, der Sachverständigen ohne Prozentzuschläge auf- härteren Material und ohne die im Tarif selbst auf härteres Material vorgezeichneten Prozentzuschläge, bedeute schon für uns eine Lohn- erhöhung von 33 Prozent! Die Kollegen sehen also auch hier, wie man es versteht, die erbärmlichen früheren Löhne auf einen Flächen- und Oberflächentarif zu übertragen. Den Unternehmern aber können wir ver- raten, daß auch im Maintal die Zellen vorber sind, wo der Unter- nehmer sich dem Lohn fragt, allein Herr im Hause zu sein, daß er die Löhne allein festsetzt, wie er will, unbestimmt darum, ob man davon leben kann oder nicht. Aus der Arbeiter hat das Recht, nicht nur zu sagen, was seine Arbeitskraft kostet, sondern er hat das Recht und die heilige Pflicht, die Bezahlung so zu fordern, daß er mit seiner Familie leben kann. Das müssen auch endlich die Maintal-Unter- nehmer einsehen lernen. Den Kollegen des Maintals jedoch rufen wir zu, die Organisation besser und fester auszubauen, um jede Um- gehung, jede Nichterhaltung der Vereinbarungen zu jeder Zeit gebüh- rend zurückweisen zu können. E. W.

Zur Unregung.

III.
Zu der von Kol. Schuster in Nr. 51 des Steinarbeiter aufgewor- fenen Frage der Lohnpolitik erlaube ich mir einige Zeilen zu schreiben: Richtig ist, daß alle unsere im vergangenen Jahre erlangten Lohnhöhungen, trotzdem diese bedeutende Steigerungen aufwiesen, bei weitem nicht ausreichten, um mit den ins Ungemessene und noch wei-

Wiener Glendbilder.

Von Paul Häbreit.

III.

Kindertal und Kinderhilfe.

So allgemein Kostende ansteigen, da leben die Kinder erfor- derungsgemäß unter den härtesten in besonderem Maße, da der kind- liche Körper der Widerstandskraft der Erwachsenen entbehrt. Schon im Jahre 1913 wurden von den rund 340 000 Wiener Schulkindern 50 844 entzerrtlich unterrichtet und deren Erziehungsstand wie folgt festgestellt:

Ernährung	Haarfarbe	Zahl der Kinder
gut	gut	4 637
mittelgut	mittelgut	2 906
mittel	mittel	10 999
mittelmäßig	mittelmäßig	9 334
mager	blau	15 306
sehr mager	sehr blau	7 764

Zur Mitte des 19. Jahrhunderts waren damals nur 2 Proz. als nicht genügend ernährt, 45 Proz. waren mittleren Ernährungsstand und 45 Proz. in höchstem Ernährungsstand. Dabei sind die am schwersten unter der Not leidenden Kinder damals, weil für Er- nährungsfragen nicht geeignet oder an einem oder chronischen Krankheiten litten, der Unterstützung gar nicht zugeführt worden.

Nach in der Kinderärztlichkeit prüft sich die Folgenwirkung des Hungers am besten aus. Die Zahl der Todesfälle der 5-15jährigen Kinder in Wien vom Durchschnitt der Jahre 1912-14 bis zum Durch- schnitt der Jahre 1916-17 um 60 Proz., und zwar die Zahl der Todes- fälle der Kinder von 5-10 Jahren um 55 Proz., bei jungen Kindern von 11-15 Jahren um 35 Proz., bei jungen Kindern von 16 bis 20 Jahren um 160 Proz. Die Folgen des Hungers zeigen sich fer- ner in der Zunahme und Schwere öfter und öfterer Erkrankungen wie Röteln, Diphtherie, Scharlach usw., in der Häufigkeit der Fälle von schweren Kindern, in dem Rückgang der Kindersterblichkeit und in der geringeren Widerstandskraft der Kinder. Es ist ein trauriges Bild, das sich gegenüber den von Kol. Schuster er- wähnten Zuständen normaler Kinder in Höhe von

Lebensjahr	Knaben Kilogramm	Mädchen Kilogramm	Lebensjahr	Knaben Kilogramm	Mädchen Kilogramm
0	0,25	0,3	8	4,00	4,7
1	4,20	3,1	9	6,30	5,0
2	2,60	3,7	10	7,20	4,5
3	4,20	4,1	11	5,70	3,3
4	3,50	2,9	12	8,50	4,0
5	4,10	2,7	13	5,20	6,6
6	4,80	3,7	14	9,20	7,8
7	4,90	5,0	15	15,20	—

Das Kindergewicht fällt besonders nach dem ersten Lebensjahre infolge Versiegens der Muttermilch und mangelhafter künstlicher Er- nährung, ferner in der Zeit des Schuleintritts und beim Eintritt der Kriegsdienstleistung hervor.

Die Kinder-Lebensmittelfragen sind für Wien nach dem Oktober- krieg 1919 in folgender Höhe festgelegt: Die Kinder dürfen bekommen pro Woche 1,20 Kilogramm Brot, 0,5 Kilogramm Mehl, 175 Gramm Zucker, 30 Gramm Kaffeebohnen, 500 Gramm Kartoffeln, 115 Gramm Marmelade, 700 Gramm Fleisch, 340 Gramm Fett und 1 Ei sowie täg- lich 500 Gramm Milch. Von diesen Nahrungsmitteln, die etwa 2000 Normalernahrungsmengen repräsentieren, ist der dritte Teil infolge Versorgungschwierigkeiten öfters in Frage gestellt. Das gilt vor allem für den Milchbezug. Milch kann kaum in der Hälfte der Ration und auch diese zum Teil nur in Kondensmilch abgegeben werden, die aber für viele Familien viel zu teuer ist (etwa 9 Kr. pro Dose). Kinder von 2-6 Jahren bekommen meist nur ein Kilo Liter pro Kopf und Kinder über 6 Jahren gar keine. Fleisch ist äußerst selten, etwa nur alle 4-5 Wochen und Eier sind ungleichmäßig und teuer.

Die amerikanische Hilfsmission hat nun in einer Reihe von Arbeiterbetrieben eigene Kinderkrippen eingerichtet, zu denen die Annehmungen in den Schulen entgegengenommen werden. Diese Hilfe wird als äußerst segensreich empfunden und dankbar angenommen. Die Kosten einer Kindermahlzeit werden auf 10 Kronen pro Kind geschätzt. Die Mahlzeiten bestehen aus Suppe und Fleischgerichte, so- wie einem großen Glas Milch. Bei einem Besuche der Speise- kammern in Favoriten und Währing wurde den Kindern als Suppe Milch mit Rahm verabreicht. Es ist mit der städtischen Verwaltung vereinbart, daß die Mahlzeiten nicht ganz unentgeltlich abgegeben wer- den, — der Elternbeitrag beträgt pro Kind und Mahlzeit dreifig

* Kinderkrippenbetriebe sind bisher eingerichtet in Leopoldsdorf, Margareten, Favoriten, Simmering, Währing, Döbling und Hernals.

heller. Dieser Beitrag wird erhoben, damit das Bewußtsein einer Gegenleistung auch erhalten werden soll. Ende November wurden 106 000 Wiener Kinder, meist im schulpflichtigen Alter, auf diese Weise versorgt; auch außerhalb Wiens sind Kinderkrippenbetriebe für die gleiche Kinderzahl ins Leben gerufen worden.

Der Zustand der Kinder, die bei diesen Maßnahmen zugewand- kommen sind, ist erbaulich. Im Bezirk Favoriten waren von 23 600 Schulkindern 15 000 äußerst unterernährt, oder selbst von diesen konnte nur ein Teil zu den Speisungen zugelassen werden. Die akut oder anstehungsbedingten Kranken müssen ohnedies ausgeschlossen wer- den. Bei den Speisungen ist auch für die Anwesenheit von Kindern gesorgt, um Kranke in geeigneter Behandlung zu überführen und den Gesundheits- und Ernährungszustand zu kontrollieren. Die amerika- nische Kinderkrippenaktion hat viel Gutes gestiftet, aber die verzeirte Lage der Ernährungsverhältnisse bleibt trotz alledem bestehen und zwingt zur Erweiterung der Hilfsmaßnahmen. Man hat die Über- führung von Kindern aufs Land, sowie ins Ausland organisiert. Sol- lang und die Schweiz erfreuen sich dabei besonderer Bevorzugung. Aber diese Hilfe bewegt sich in noch viel engeren Grenzen. Es bleibt nichts anderes übrig, als eine Ausdehnung der Hilfsarbeit an Ort und Stelle, nach dem Muster der amerikanischen Mission, aber eine Hilfe, die sich nicht auf die einmalige Speisung ausgewählter Kinder in ge- wissenen Stationen beschränkt, sondern die mit ihrer Tätigkeit in die Familien der Armen eintritt. Dazu bedarf es eines Zusammen- wärtens der städtischen Fürsorge mit den Gewerkschaften, die eine frei- willige Fürsorgeorganisation schaffen müßten. Die Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, ist eine Ehrenpflicht aller menschlich Denkenden, vor allem der deutschen Arbeiterchaft!

Wer schläft, dem hungert nicht, geborgen ist der Mann; weh aber dem, der nicht vor Hunger schlafen kann. Rückert.

Der tolle Reichtum hat's ausgezehrt, daß Armut niemanden Spende macht. Die Schlemmer lernen an vollen Tischen, wie Salz und Brot hält die Wangen frisch. Die Tauben gurren von Dachseck: „Nehmt Heber den Sperling in der Hand... Und die Dummen kosten den Wehrheitsbesatz. Daß stets der Klügere nachgeben muß. Baumgarten.

Der folgenden Preisen der Lebensmittel und allgemeinen Bedarfsartikel...
...die Preis für Lebensmittel während des Krieges...
...die Preis für Lebensmittel während des Krieges...
...die Preis für Lebensmittel während des Krieges...

Bei der Schnelllebigkeit, mit der heute die Preise wechseln, muß man schon demnach in Vorkriegszeit stehen, und das gibt schon den berechtigten Anreiz zur sogenannten gleitenden Lohnskala...
...die Preis für Lebensmittel während des Krieges...
...die Preis für Lebensmittel während des Krieges...

Ein starker Steinarbeiterverband wird uns auch die Möglichkeit schaffen, sehr nicht unterzugehen, alle gegebenen Schwierigkeiten zu überwinden und mit der gesamten Arbeiterschaft besseren Zeiten die Wege zu ebnen.
Max Arnold, Mannheim.

Aus den Zahlstellen.

Kassel. Der Kollege Herr. Bau legt Wert darauf, daß nachfolgende Berichtigung von ihm zum Ausdruck gelangt. Die Redaktion kommt dem Verlangen deshalb gern nach, weil damit ein Versehen eingetandert wird, und durch dessen eigenem Erkennen die Person des Eingekanderten nur an Wert gewinnt.
"In meinem Artikel in Nr. 1 des 'Steinarbeiter' (Nachmols unsere Lohnpolitik) ist mir ein Irrtum unterlaufen, indem ich dort schrieb: 'ein Delegierter aus Göbau usw.'. Nach Einsichtnahme im Protokoll habe ich mich überzeugt, daß es sich um den Kollegen Roth, Reichenbach, handelt. R. hat laut Protokoll in Leipzig erklärt, daß ein Arbeiter nichts einwenden konnte, wenn er für ein früher besser bezahltes Stück durch ein jetzt besser bezahltes Stück einen Ausgleich fände. Weiter heißt dann im Protokoll: 'Mit diesen Ausführungen geht die Verammlung einig.' Was ich weiter zu § 44 gesagt habe, steht allerdings nicht im Protokoll. Es ist uns aber von Herrn Lüders, so wie ich es angeführt habe, gesagt worden."

Berlin. Verammlung vom 7. November. Auf der Tagesordnung steht: Bericht vom 3. Quartal und Gewerkschaftliches. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Ronnisch wird in üblicher Weise geehrt. Nach Verlesung des Protokolls vom 30. Oktober wurde festgestellt, daß die Verammungsberichte im Steinarbeiter gekürzt und geändert werden. Die Verammlung erhebt dagegen Protest und fordert von der Redaktion, daß die Berichte ungekürzt veröffentlicht werden. (Solange am Sinn und der Tendenz der Berichte nichts geändert wird, ist der Protest nicht angebracht und müssen auch die Berliner Kollegen der Redaktion wohl freie Hand lassen. Die meisten Berichte müssen in den unwesentlichen Sachen gekürzt werden, sonst wird der 'Steinarbeiter' schließlich nur noch ein Verammungsprotokoll. Das wollen die Berliner Kollegen jedenfalls nicht. Red.) Kollege Hirde gibt dann die Abrechnung vom 3. Quartal. Einmündung wurde nicht erhoben. Revisor Kollege v. Halle befragt die Möglichkeit der Abrechnung und fordert die Kollegen auf, die Beitragsrollen pünktlicher zu entrichten, weil sonst die Abrechnung erschwert werde. Der Fall Bartel, welcher 1550 M. Verbindungsgehalt unterschlagen hat, wurde kritisiert. Von einer Strafverfolgung wurde Abstand genommen, da B. sowie dessen Sch. B. eine schriftliche Erklärung abgaben, die Schuld in Raten zu begleichen, was bereits mit 250 M. gegeben ist. Den Platzretretern wurde die Pflicht auferlegt, mindestens alle 4 Wochen abzurechnen. Im eigenen Interesse lege es jedoch, nicht erst 4 Wochen verstreichen zu lassen, sondern sobald als möglich zu versuchen, die einbehaltenen Gelder und der Verantwortung für die Gelder erhaben zu werden. Dann wurde ein Antrag des Vorstandes zur Diskussion gestellt, der darin ginge, die Metallarbeiter auch fernerhin zu unterstützen, was durch Sammellisten bewerkstelligt werden soll. Dieser Antrag gelangte nicht zur Abstimmung, da der Beschluß vom 5. November in der Wohnortverteilung durch Verammungsbeschluß ergangen wurde, daß jedes Mitglied vom 5. November bis 6. Dezember mindestens 3 M. (männliche) und 2 M. (weibliche) pro Woche zu zahlen hat. Wegen einer Lohnstreikung bei der Firma Lauchert wurde von dem Unternehmer der Schlichtungsausschuß angerufen, der folgenden Spruch fällte: "Der Schlichtungsausschuß erkennt das gemeinschaftliche Vorgehen der Arbeitnehmer bei der Firma Lauchert als nicht berechtigt an, sondern betrachtet dies als einen Verstoß gegen den bestehenden

Leipzig. Die Verammlung billigt diesen Beschluß. Ein Antrag des Vorstandes der Steinarbeiter von Groß-Berlin: "Mit Rücksicht auf die natürlichen Lichtverhältnisse während der Wintermonate eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen," wozu der Vorstand und Tarifkommission folgende Resolution vorlegte: "Dem Wunsch der Arbeiter Rechnung zu tragen, wenn diese bereit sind, für die in Betracht kommenden Branchen eine Verkürzung der Arbeitszeit im Sommer (ab Pfingsten) eintreten zu lassen, um die Arbeitslosigkeit im Steinarbeitergewerbe noch möglicher einzuschränken. Im Falle der Ablehnung dieses Vorstoßes halten sich die Steinarbeiter von Groß-Berlin an die gesetzliche Arbeitszeit von 8 Stunden gebunden." Die Resolution wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt mit der Begründung: Die verammelten Steinarbeiter erleben aus dem Antrag der Unternehmer nur einen Vorteil für sich, um eine Lohnsparrnis durch verkürzte Arbeitszeit zu erzielen, gleichgültig darauf, ob ihre Arbeitsnehmer durch den Lohnausfall noch mehr mit den heutigen Verhältnissen zu kämpfen hätten. Dagegen wurde beschlossen, den Unternehmern eine Forderung zu unterbreiten zwecks Billigung einer Teuerungszulage von 30 M. pro Woche, weil mit dem tariflich festgesetzten Lohn keine mehr auskommen kann. Die Unternehmer haben einen berechtigten Beschäftigungswunsch zu verzeichnen und sind in der Lage, eine in dieser Höhe gestellte Forderung zu gewähren. Vom Vorstand wurde ferner angeregt, auch in diesem Jahr den arbeitenden Kollegen eine Weihnachtsgeldunterstützung von 1 M. pro Tag ab 1. Dezember bis 20. Dezember zu gewähren. Die Verammlung beschloß demgemäß.

Am 22. Dezember fand erneut Verammlung statt: Bericht über die Verhandlung mit den Unternehmern, Bericht über die Verhandlung vom Reichsstädteamt, Bericht des A. R. Koll. Holzjeller und Vortrag des Rolf. Winkler über Arbeit und Arbeitslohn. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Rolf. Krog bekanntgegeben und in üblicher Weise geehrt. Rolf. Winkler gibt den Verhandlungsbericht. Die Unternehmer bezeugen, daß es vergessen wurde, in dem Tarif eine Sommer- und Winter-Arbeitszeit aufzunehmen. Von einer Teuerungszulage könne keine Rede sein. Die Unternehmer sehen an "Ende" ihrer Zustände, auch hätten sie eine "schlechte" Konjunktur zu verzeichnen. Ferner einen härteren Kampf mit der Auslandskonkurrenz. (?) Persönliche Äußerungen des Herrn Herzog gingen dahin, wenn den Arbeitnehmern am Mehrerwerb etwas gelegen ist, so könne man ja das Akkordsystem einführen. Es wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die am 22. Dezember 1919 tagende Verammlung der Steinarbeiter von Groß-Berlin nimmt Kenntnis von der durch den Unternehmerverband erfolgten Ablehnung ihres Antrages auf eine wöchentliche Teuerungszulage von 30 M. Sie erklären sich nicht nur außerstande, die gestellte Forderung fallen zu lassen, sondern sieht sich infolge der zunehmenden Teuerung gezwungen, dieselbe auf 50 M. zu erhöhen und beauftragt die Ortsverwaltung des Verbandes der Steinarbeiter, die Forderung in Verbindung mit den zur Zeit schwebenden Verhandlungen der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, energisch weiter zu vertreten." Kollege Nische berichtet von den Verhandlungen über den Reichsstädteamt. Auch bei dieser Verhandlung zielen die Unternehmer auf die Einführung des Akkordsystems und Abänderung der Arbeitszeit im Winter und Sommer hin. Nische gibt bekannt, daß fast in sämtlichen Städten Deutschlands Teillohn geordnet wird und niemals zugestimmt wird, daß das Akkordsystem wieder eingeführt wird. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: "Die am 22. Dezember 1919 im Gewerkschaftshaus tagende Verammlung der Steinarbeiter Groß-Berlins nimmt Kenntnis von dem Verlauf der Konferenz zur Beratung des Reichsstädteamts. Sie ist entsetzt, daß trotz weitestgehenden Entgegenkommens seitens der Vertreter des Steinarbeiter-Verbandes, die Verhandlungen durch die Schuld der Vertreter des Deutschen Steinindustrie-Verbandes zu keinem Ergebnis führten. Die Verammlung erhebt das Verbot des Deutschen Steinindustrie-Verbandes hauptsächlich darin, daß er es ablehnt, die besonderen Verhältnisse der städtischen Steinarbeiter genügend zu berücksichtigen und ihnen stattdessen die unglücklicheren Bedingungen der ländlichen Betriebe aufzuzwingen sucht. Die Verammlung erklärt, daß die Steinarbeiter Groß-Berlins nicht eher ruhen werden, bis die in unserm Reichsstädteamt-Entwurf enthaltenen Bestimmungen Geltung erlangt haben. Rolf. Holzjeller gab den Bericht vom A. R., dessen Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Er gibt eine politische Aufklärung von 1913 bis zur Entstehung des Arbeiterrats, deren Bekämpfung bevorsteht. Auch streift er die Gründung der Industrie-Gewerkschaft, die die erhofften Ziele der arbeitenden Bevölkerung herbeiführen soll. Er fordert die Verammelten auf, sich über die Köpfe der Führer zu einigen und die jenseitigen Führer zu beiseitigen, die diesem Ziele entgegenstehen. Mehrere Redner kritisierten die Ausführungen des Kollegen Holzjeller, traten aber alle für die Einigung in der Gewerkschaft ein. Punkt 4 konnte wegen vorgeschrittener Zeit nicht erledigt werden.

Odenburg. Die am 19. Dezember 1919 einberufene Steinarbeiterverammlung war von fast sämtlichen hier am Orte arbeitenden Kollegen besucht. Zur Tagesordnung standen: Vorstandswahl, Lohnfrage, Beschäftigtes, nachdem die Ortsverwaltung gewählt, wurde für jeden Platz ein Platzhalter bestimmt. Es wurde von Seiten der Kollegen scharf darauf hingewiesen, daß die Landwirte die benötigten Lebensmittel im Preise fürchtbar in die Höhe treiben, anstatt daß versucht wird, abzubauen. Infolgedessen sehen wir uns genötigt, mit unserem Stundenlohn gleichen Schritt zu halten. Daraufhin wurde beschlossen, mit den Unternehmern in Verbindung zu treten, um in friedlicher Auseinandersetzung zu erreichen, was irgend möglich ist. Dazu wurde eine Lohnkommission gewählt, welche sich aus 4 Kollegen zusammensetzt. Nachdem noch einige örtliche Sachen erledigt, war Schluß der Verammlung.

Laufzeden. Am 14. Dezember 1919 hielt die neugegründete Zahlstelle Laufzeden im Gasthaus zum Goldenen Stern eine Verammlung ab mit der Tagesordnung: Berichtserstattung über den Reichsarbeitsvertrag und den Bezirkslohnstarif. Gauleiter Kollege Sartert, Karlsruhe, referierte. Die Verammlung war gut besucht. Der Referent erntete für seine sachlichen Ausführungen reichen Beifall. In der anschließenden Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, wurde das Verhalten des Bruchmeisters Weber (Firma Holzer) und der Firma Steinworte scharf kritisiert wegen Nicht-Einhaltens des erst am 11. November 1919 abgeschlossenen Bezirkslohnstarifs. Es wurde hierauf von der Verammlung eine Resolution angenommen und Protest erhoben. Die Sache soll dem Tarifamt übergeben werden. Der Gauleiter Sartert wird es zur weiteren Erledigung übernehmen. Ebenso wurde beschlossen, die Forderung der Sandsteinarbeiter der Firma Holzmann & Co. dem Schlichtungsausschuß zu übergeben. Anschließend hieran gab Sartert noch einige Erläuterungen betreffs Wohn- und Funktion der Arbeiterauschüsse und richtete zum Schluß noch einen warmen Appell an die Verammlung, der gewählten Vorstandschaft das nötige Vertrauen entgegen zu bringen und ebenso die Vorstandschaft den Mitgliedern der Zahlstelle, denn nur dann könne was erreicht werden. Jeder solle dafür eintreten, daß alle Kollegen reiflos dem Verbande zugeführt werden.

Berlin. Verammlung am 7. Dezember 1919. In der Renwahl des Vorsitzenden und Kassiers wurde der bisherige Vorsitzende Kollege Walter Fiedler wiedergewählt, als Kassierer wurde Kollege Albert Meier gewählt. Dann gelangte der Antrag des Vorarbeiters Peter Loos zur Sprache. Hierzu begründete Kollege Bodensinger keinen Antrag, was zur lebhaften Debatte führte, wobei auch die Schmiede, der Feuerwanz und mehrere Kollegen scharf kritisiert wurden. Der Grund dieser Auseinandersetzung lag in der letzten Lohnbewegung. Als unser Arbeitgeber Arno Schöber im Lohn von 2 Mark nicht glaubte bewilligen zu können, hielten 13 Mann vom Steinbruch auf und suchten noch mehrere Kollegen fortzuführen, was aber nicht gelang. Nun wurden mehrere Kollegen bestimme Angriffe gegen den Vorarbeiter erhoben, so, ein Kollege ging sogar so weit, als zwei Kollegen nicht den Steinbruch verlassen, diese als Streikbrecher hinzustellen. Durch die Aussprache stellte sich heraus, daß der Vorarbeiter ungeschuldig war und zu Unrecht vom Verband ausgeschlossen war. Die Verammlung schloß das zumachen durch Wiederaufnahme in den Verband. Als die ausgeschiedenen 13 Kollegen, die infolge anderer Arbeit auch aus dem Verband traten, unseren Erfolg vom 24. Oktober 1919 vor dem Schlichtungsausschuß Chemnitz hörten (2 Mr. Stundenlohn), wurden sie erregt, daher die Anwesenheit leitens der Kollegen. Kollege C. Neßler referierte nochmals über die Lohnbewegung, da mehrere Kollegen anderer Meinung waren.

Rohrbach (Oberpfalz). Am 21. Dez. fand im Gasthaus zu Wang eine Steinarbeiterverammlung statt. Im ersten Punkt führte Gauleiter Schmidt den Kollegen die Tätigkeit unseres Verbandes vor Augen, den Abschluß der Tarife im Haidelgebirge und Bagnischen Wald. Anschließend erstattete Schmidt über die Unterhandlung mit Herrn Schwinger, betreffs der Kündigung von 21 Kollegen, die durch längeres Hin und Her von der Firma wieder zurückgenommen wurde. Im Punkt Beschäftigtes kamen von einigen Kollegen örtliche Verbände zur Sprache. Zum Schluß dankte der Vorsitzende für das zahlreiche Erscheinen in der heutigen Verammlung und drückte die Hoffnung aus, es möchten auch fernerhin die Verbandsinteressen so vertreten werden wie bisher. Nur Einigkeit führe zum Ziele.

Magen. Am 21. Dezember fand im Lokale „Comes“ in Niedermerzig eine Bezirkskonferenz des Magener Bezirks statt mit der Tagesordnung: Tätigkeitsbericht des Kollegen Braun, Antrag Magens auf Gründung einer Bezirks-Kronen- und Starbe-Unterstützungs-Zuschuß-Kasse, der Tagungsort der nächsten Sitzung, und Beschäftigtes. Als Vorsitzender wird Schmidt, als Schriftführer Haupt, beide aus Magens und als Vizepräsident Cäsar (Niedermerzig) gewählt. Zu Punkt 1 gab Kollege Braun einen kurzen Ueberblick über die Wirtschaftslage und die in letzter Zeit geführten Lohnforderungen, den Schenkungen und Verammungen usw. Auch erwähnt er, daß Verhandlungen mit dem Minister für Wiederaufbau im Gange seien, um Aufträge für das Magener Gebiet zu erhalten. Auch erwähnt er die Kollegen, sich regen an der gewerkschaftlichen Arbeit zu beteiligen, damit wir endlich zu dem gesteckten Ziele kommen. Richtig das Zusammenrücken der gesamten hiesigen Arbeiterschaft in eine Organisation. Kollege Cäsar dankt dem Kollegen Braun für seine rastlose Tätigkeit innerhalb des Bezirks. Zu Punkt 2 erläutert Rolf. Schmidt den Antrag Magens zwecks Gründung der vorgesehenen Unterstützungs-Kasse. Nach lebhafter Diskussion wird der Antrag einstimmig angenommen. Falls die Beiträge bis 31. Januar 1920 erhoben werden können, soll die Unterstützung ab 1. Februar, andernfalls ab 1. April in Kraft treten. Als Ort der nächsten Tagung wird Rast gewählt. Damit der Bezirksleiter allen an ihn gestellten Forderungen gerecht werden kann, waren alle Kollegen der Meinung, daß das Ansuchen einer Schreibmaschine unbedingt erforderlich sei. Da uns die Mittel zur Anschaffung fehlen, hoffen die Delegierten bestimmt, daß die Zentrale uns in dieser Beziehung entgegenkommt. Ein Antrag Herrn (Kraus) auf Erhöhung der Zahl der Erwerbslosenkarten wird als unzulässig abgelehnt und empfohlen, einen diesbezüglichen Antrag für den Verbandstag zu stellen. Kollege Braun legt die Vorteile einer Zentralfaktion des ganzen Magener Gebiets auseinander. Diese Frage soll auf einer späteren Konferenz gerochelt werden. Die Tätigkeit des Kollegen Braun wird allseitig anerkannt.

Rundschau.

Aktion, Zahlstellen im 3. Gau. Die Funktionen eines Gauleiters für den genannten Bezirk sind auf Beschluß der Verbands-Inhänger dem Kollegen Willy Mühlle in Hauptbureau übertragen worden. Die bereits eingeleiteten und laufenden Bewegungen werden noch vom Kollegen Walther erledigt. Die Zahlstellenverwaltungen im 3. Gau wollen den Hinweis beachten.

Gewerkschaftliches. Der Verband der Deutschen Buchdrucker beschloß auf einer Gauarbeiterkonferenz, dem ausgegliederten Gau Esch-Lothringen eine Abfindungssumme von 200 000 M. auszugeben. Bei seinem Eintritt in den deutschen Verband hatte der Esch-Lothringische Beihilfenverein 125 000 M. Vermögen eingebracht. Von dem im ehemaligen Gau Esch-Lothringen vorhandenen Invaliden übernimmt der deutsche Verband diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit beibehalten haben und bis 31. Dezember 1920 nach Deutschland überfiedeln.

Der Verbandstag der Buchdrucker beginnt am 31. Mai 1920 in Leipzig und ist auf 10 Tage berechnet. Aus der Bilanz des Verbandes ist zu entnehmen, daß die Hauptkasse über ein Vermögen von 12 1/2 Millionen Mark verfügt. Das Gesamtvermögen mit den Orts-, Bezirks- und Gaukassen beträgt über 15 Mill. Mark.

Eine gewerkschaftliche Vereinigung geplant. Zwischen den Verbandsvorständen der Brauerei- und Mühlenarbeiter, des Bäckerverbandes, der Gastwirtschaftlichen und des Fleischerverbandes fand am 18. Dezember 1919 in Berlin eine Aussprache über einen zu schaffenden Nahrungs- und Genussmittel-industrie-Arbeiterverband statt. Einigkeit bestand darüber, daß die Entwicklung der heutigen Zeit dahin geht, große leistungsfähige Industrieverbände zu schaffen. Für das Nahrungsmittelgewerbe könne eine derartige Organisation aber nur dann zustande kommen, wenn alle in Frage kommenden Berufsgruppen sich an einer Schaffung eines Industrieverbandes beteiligen. Die Vertreter der vier Verbände erklärten sich im Prinzip damit einverstanden, daß für das Nahrungsmittelgewerbe eine Industrieorganisation geschaffen wird. In der ersten Hälfte des Monats März soll eine offizielle Konferenz der vier in Frage kommenden Gewerkschaften sich mit der Schaffung eines Industrieverbandes befassen.

Vom Bergarbeiter-Verband. In einer Konferenz des alten Bergarbeiterverbandes mit den Beherbebetriebsräten des Ruhrbezirks, die in der Frage der Geschäftsveränderung in Bochum abgehalten wurde, gelangte mit 69 gegen 10 Stimmen eine Entscheidung zur Annahme dahin, daß die Verkürzung der Unterstage-schicht im Bergbau auf 6 Stunden durch internationale Vereinbarung herbeigeführt werden müsse; ferner, daß bei den bestehenden neuen Tarifverhandlungen mit Rücksicht auf die starke Verteuerung der Lebensmittel eine erhebliche Verbesserung des Bergarbeiterlohnes zu fordern sei.

Der Bund. Eine neue gewerkschaftliche Zeitung, die im Monat April erscheint, hat der deutsche Bauarbeiterverband und der Verband der Holzarbeiter und Drechsler in der tschechoslowakischen Republik herausgegeben. Die Zeitung erscheint am Sitz dieser Verbände in Reichenberg. Die Genossen haben sich infolge der neuen Grenzen von den österreichischen Organisationen trennen müssen. Auch unsere Berufs-kollegen in dem „neuen“ Staatsgebiet haben sich bekanntlich dem Bauarbeiterverband dort angeschlossen und wie aus Notizen der Nr. 1 des Bundes herabgeht, werden ihre Interessen mit Erfolg vertreten. Die neue Zeitung atmet Schmutz und Begeisterung und wir sind überzeugt, daß sie den Organisations- und Solidaritätsgebanen in wirksamer Weise pflegen wird. Darum begrüßen wir den neuen Kämpfer, den „Bund“.

Ein neuer Verband. Die Tapezierer haben mit 626 Stimmen Mehrheit in einer Abstimmung beschlossen, sich mit dem Verband der Sattler und Porteuillier zu vereinigen. Eine erhebliche Minderheit war für Anschluß an den Holzarbeiter- und Bekleidungs-Verband in einer früheren Abstimmung über eine Verschmelzung überhaupt abgestimmt und die neuere brachte die Entscheidung, mit welcher Organisation die Vereinigung erfolgen soll. 75 Prozent der Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung.

Die Diskussion für Wien. Ueber den Umfang der für Wien eingeleiteten Diskussion sind vielfach stark übertriebene Gerüchte verbreitet. So findet sich in der Presse die Nachricht, daß die nach Wien zu liefernden Mehl-Einzelverpackungen mehrere 100 000 Tonnen betragen sollen. Infolgedessen solle der Verzehr der verzehrungsbedürftigen reichsdeutschen Bevölkerung auf 50 Gramm Mehl für den Kopf und die Woche über 4 Wochen hinaus fortgesetzt werden. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Umfang der zuzugewandten deutsch-österreichischen Diskussion auf insgesamt 8000 Tonnen bemessen und der Verzehr der Bevölkerung auf 60 Gramm ihrer Wochenration auf 4 Wochen beschränkt ist.

Gewerkschaftsbureaukratie. Unter dieser Ueberschrift bringt die sozialdemokratische „Münchener Post“ vom 23. Oktober 1919 folgende Darlegungen:
"Von Seiten der Opposition und den Feinden der Gewerkschaften wird als besonderes Argument im Kampfe gegen die Organisationen in ihrem heutigen Aufbau und ihrer Wirkungsweise die sogenannte Gewerkschaftsbureaukratie in den Vordergrund gehoben. Inwiefern ist es, daß das mächtige Wachstum der Verbände einen präzisen Verwaltungsapparat nötig machte. Hervorragende und begabte Mitglieder der Verbände wurden aus den Reihen der Mitgliedschaft herausgewogen"

Berlin

Montag, den 18. Januar 1920, mittags 1 Uhr
Allgemeine Versammlung
aller Steinarbeiter Berlins
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal

Tagesordnung:
I. Bericht über die Verhandlung mit den Unternehmern über
Teuerungszulage.
II. Vortrag des Kollegen Ernst Wandler über „Arbeit und
Arbeitslohn“.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen
sämtlicher Kollegen.

Die Ortsverwaltung.

Mod. Grabmalsteine u. Verzierungen z. Durchpausen a. Stein; sowie
Abdruck auf Caturopspapier gezeichnet in versch. Größen und Arten.
Schriftzweizer Gieseler (Hessen) Licher-Str. 37

Steinmetz-Werkzeuge
auch für Kalkstein liefert
S. Hoffmann, Dresden 21, Schandauer Str. 75.

Tüchtiger Schrifthauer
findet dauernd Beschäftigung. Angebote unter „Granit“ an die
Schriftleitung des Steinarbeiters.

Marmorpolierer und Dreher
auf bunten Marmor finden dauernde Beschäftigung.
H. Goller & F. Drieblin, Nürnberg
Riederstraße 51.

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt für unsere neu er-
öffneten Granitwerke äußerst tüchtigen

Vorarbeiter oder Wertmeister
in dauernde Stellung.
Kur zuverlässige und gewissenhafte Bewerber, die gewillt sind,
einen in der Entwicklung begriffenen Betrieb in die Höhe zu
bringen, wollen sich melden.
Joh. Mazzucco Nachfolger, Granit-Werke
Tiefenfeld, Amt Waldshut, Baden, Schwarzwald.

Tüchtiger Steinmetz
in Grabsteinarbeiten bewandert, erhält sofort dauernde Be-
schäftigung.
Ad. Kubitschek, Steinhauerei Delmenhorst
bei Bremen.

Marmorschleifer
für Maschine werden für dauernde Arbeit eingestellt.
Kost und Logis vorhanden.
A. Cepok, Königshütte O.-S.

Tüchtigen Steinmetz,
der in allen Grabsteinarbeiten, Kunststeinverzierungs-
arbeiten und Schrifthauen vertraut ist, stellt sofort ein
Hans Kerstan, Bildhauer und Steinmetzmeister,
Weißensele a. S.

Einige Granitsteinmetzen
für Denkmalarbeit sofort gesucht. - Dauernde Arbeit.
L. Mayer, Steinindustrie, Steinbach i. Baden.

Einige Pflastersteinhauer
und ein Werkzeugschmied
der auch spalten kann, finden bei gutem Lohn dauernde
Beschäftigung bei
Aloys Ortner, Granitwerk, Tegernau
(Amt Schopfheim i. W., Baden).

10 bis 15 tüchtige
Granit-Steinhauer und -Stößer
sodort gesucht. Lohn nach dem Odenwald-Tarif.
Kost und Logis am Platze günstig erhältlich.
Odenwälder Granit- u. Syent-Industrie
Rath. Ulrich & Cie., Kom.-Gesellsch., I. Hemsbach a. d. Bergstraße (Baden).

3 Steinmetzen
sodort gesucht für Grabdenkmäler, Thüster Kalkstein.
Stundenlohn 2,70 Mark.
Paul Wehnlich, Steinmetzmeister, Uelzen i. Hann.

10 tüchtige Steinbrucharbeiter
finden noch lohnende Beschäftigung bei Hartsteinwerke
„Vulkan“ Gebr. Lesferenz, Haslach i. L. (Schwarzwaldbahn).
Zu melden im Steinbruch beim Werkmeister.

Zwei Steinmetzen
auf Grabsteinarbeit für dauernd gesucht. Bevorzugt
wird Schrifthauer und Verzierungsarbeiter.
Richard Hoesle, Steinbildhauerel, Wittenberg, Bez. Halle.

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht,
für die die Lebensanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeliefert wurden.)
In Leipzig (Markgrafstadt) am 30. Dezember der Sand-
steinmetz Gustav Weinko, 51 Jahre alt, an Lungen-
schwindsucht.
In Wurglau am 30. Dezember der Sandsteinmetz
Franz Pouch, 40 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
In Püligersmühl am 31. Dezember der Granit-
steinmetz Georg Pohrer, 31 Jahre alt, (sahd freiwillig
aus dem Leben.
In Berlin am 5. Januar der Sandsteinmetz Hein-
rich Helm, 47 Jahre alt, an Herzschwäche.
Ehre ihrem Andenken!

Besondere wichtige Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von
Alois Staudinger, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“ Leipzig.

Die Schrift ist vom Verlag Gesellschaft und Erziehung, W. m. S. J.,
Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9, wie auch von jeder Buchhandlung zum
Preis von 1,50 M. zu beziehen.

Januar 1920. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Verbandes
der Arbeiterjugendvereine. Unser Januarnummer ist eben vor
Jahreschluss wieder erschienen. Auch dieser Jahrgang zeigt wieder die
alte, kühnste Aufmerksamkeit seiner Vorgänger. Inwieweit hat er für
unsere Jugend besondere Bedeutung, denn er behandelt im Hauptteil
seiner Beiträge die Resolution und die Stellung der Jugend zur Reso-
lution. Wir können unsere Leser auch dieses Jahr wieder die
Anschaffung des Jahrbuchs nur dringend empfehlen; sie werden daraus
mannigfache Belehrung und reichen Genuss schöpfen. Der Preis des
hässlichen Bandes, der von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 48,
Lindenstr. 3, zu beziehen ist, beträgt 1,50 M.

Briefkasten.

Steinarbeiterverbreiter im besetzten Gebiet.
Dem dem Infrakritiken des nun abgeschlossenen Friedens
ist sehr vielleicht die Möglichkeit der Zustimmung des „Steinarbeiter“ von
Leipzig wieder gegeben? Die Erkundung darüber bitten wir bei der
beteiligten örtlichen Postanstalt einzuholen und der Redaktion Mit-
teilung davon zu machen. Die bisher vorliegenden Behauptungen
und Bestimmungen sind zu unklar. Obgleich der Verband über R 11 n
von dem Kollegen Knopp gunktioniert, entstehen doch Ver-
zögerungen, die sich nicht umgehen lassen. Besonders im Hinblick des
kommenden Verbandstages ist es ein Uebelstand.

Gera. Bericht war wieder mit Bleistift und auf alten Seiten be-
schrieben. Wenn die Schriftführer nicht für den Papierfortschritt arbeiten
wollen, dann mögen doch endlich unsere Bitten und Ermahnungen be-
rücksichtigt werden. (Siehe Briefkastennotiz Nr. 51 und Nr. 1.)
Berlin. Der ein Druckschreiber, muß heißen P. S.

Einige Verfallungsberichte mußten wegen Raummangels
zurückgestellt werden.

Jede Ortsverwaltung muß bemüht sein,
die Abrechnung vom 4. Quartal 1919 und
den Statistischen Fragebogen bis Mitte
Januar an die Hauptkasse einzusenden.

Quittung.

Vom 15. Dezember bis 10. Januar sind bei der Hauptkasse
folgende Gelder eingegangen:

- Mölln 8.-, Oberhausen 8.-, Trostorf 300.-, Siegelanger
1766.-, Rangenhelm 14.41, Aboleschen 528.-, Soyerswerda 4.60,
Leuchern div. 4.20, Königswald 212.11, Moosbach 350.-, Orten-
berg 473.62, Stuttgart 440.-, Jherlshorn 31.-, Sonnefeld 20.-,
Walzrohe 20.-, Hartung 10.50, Steinbach div. 7.-, Königshütte
div. 10.-, Hujum 6.-, Rangenmünde 10.-, Niederbreitig 174.-,
Reichen II 700.-, Ramenz 1750.-, Rirn 100.-, Wenzheim 1000.-,
Breitenborn 500.-, Bochum 182.18, Sinderfeld 1500.-, Gufi
300.-, Wechelsburg 458.-, Rylau 7.-, Dippoldiswalde 18.-,
Weidenberg 20.-, Wismar 12.-, Oberschöndach 291.50, Nieder-
Ramsdorf 300.-, Rahr 190.-, Gleichamberg 150.-, Eberbach
352.-, Eichenstruß 265.16, Eöln II 500.-, Steinere Renne div.
9.10, Steinh div. 4.90, Frankfurt a. M. div. 3.50, Eberfeld 28.-,
Reichenbach 3.-, Ruppshausen 12.-, Eilenroth 4.23, Quindwintel
280.-, Rirn 100.-, Straßfurt 266.90, Bülztrath 500.-, Erier
150.-, Gaderleben 64.20, Seligenfeld 18.-, Dippstadt 5.-,
Wanzenfe 1.80, Bölgig 13.-, Wriegen 21.60, Weßlar 414.50, Stei-
nwiehen 300.-, Ortenberg 440.-, Bunsiedel 5.80, Marktlamitz
5.60, Stablin 5.-, Rendsburg 12.-, Otting 241.76, Rammelsbach
500.-, Fürstentum 280.-, Gummerbach 700.-, Aboleschen 787.-,
Wiesbaden 264.-, Reutkirch 10.-, Rylau 10.-, Freudenstadt 7.-,
Neustichen 5.-, Schmölln div. 10.80, Berlin div. 5.60, Fürsten-
walde 3.30, Bunsiedel div. 5.-, Rastod 8.10, Wirsberg div. 15.80,
Reichenbach div. 15.80, Sparned div. 8.10, Grünberg div. 5.80,
Halberstadt 11.20, Wiesenfeld 10.40, Neu-Salgbrunn 4.-, Wlm
500.-, Rirn 100.-, Demis 2000.-, Munkirchen 854.85, Grimma
653.84, Hohenleuben 288.20, Plauen 280.-, Riefa 352, Weßlar
5.60, Dortmund 8.10, Steinwiefen 2.90, Hembach 2.10, Oelsnitz
12.-, Wismar 28.-, Reichen (Thürer) 13.-, Schwarzenbach
39.50, Großpapenburg 5.80, Gäßlich (Riescher) 5.60, Leipzig 1054.47,
Lauten 857.42, Reichen II 350.-, Münschen 800.-, Rarlshof 594.44,
Feldberg 393.50, Lubwigsburg 3.-, Aheinhelm 8.-, Reichenbach
i. Odenw. 52.40, Sinderfeld 52.40, Lübed 2.90, Gäßlich (Kappich)
300.-, Sungenau 100.-, Schönberg 28.50, Brandenburg 113.84,
Dietschen 90.-, Königseil 1000.-, Bilschütz 2297.72, Zwingers-
berg 344.02, Weinsöhl 8.20, Langkirch 5.-, Landsberg 19.-,
Schopfloch 231.42, Gera 407.46, Edarshausen 18.84, Blankeneje
4.80, Hamm 25.-, Gemighofen 3.-, Königshütte Jnf. 12.40, Deut-
mannsdorf 331.56, Fechenbach 700.-, Großheubach 167.75, Gäßlich
1700.-, Raitenordheim 709.82, Gufi 87.42, Oberhühningen 12.40,
Reutshof i. Odenw. div. 3.-, Rarlshof 333.50, Weissenfels 103.61,
Riechstadt 171.40, Solnhofen 532.50, Rammelsbach 600.-, Ober-
Rörten 171.70, Rarlshofen 859.48, Rannheim 784.23, Hof 330.60,
Lubwigsburg 100.-, Rangenhelm 501.68, Gleichamberg 200.06,
Erfurt 618.18, Breitenborn 238.61, Heppenheim 645.38, Rulter a. R.
97.52, Eutin 20.-, R.-Rarsberg 17.40, Weßig 40.60, Böhmed 18.-,
Jeny 6.-, Copig div. 232.20, Amorbach 89.20, Wahrenz 210.26,
Eilenroth 47.80, Gofha 312.20, Seeres 804.66, Guben 44.16,
Lubwigsburg 100.-, Rangenhelm 206.92, Landsberg 62.14,
Rünster 42.28, Oßach 589.75, Steinach 3024.17, Siegnitz 5.80,
Weißenburg 522.91, Weßrode 350.-, Weicha 3291.83, Rue 816.46,
Reußen 4.44, Breßlau 1567.78, Eralshelm 160.08, Dübelsheim
235.56, Eichenbüßl 291.45, Frankfurt a. M. 704.-, Weher 845.78,
Gauzenberg 1282.-, Halle 353.40, Kleinrinderfeld 1250.94, Rößsum
408.60, Lubwigsburg 100.-, Niederlinda 584.84, Nieder-Ramsdorf
102.27, Otting 202.26, Forzheim 314.98, Eussen 537.22, Gelf
305.84, Edmerk 150.-, Eietlin 284.80, Tinschendorf 263.-, Wilde-
mann 500.85, Witten 188.-, Zittau 134.06, Fulda 86.-, Reichen-
bach 30.-, Raffen 24.-, Rarlshofen 13.-, Schweinfurt 1.50,
Pensheim div. 52.40, Dresden 7.-, Römlich 5.-, Wetzsch 10.-,
Rappendorf 39.90, Bunsiedel 588.82, Volkmarzen 399.22, Trost-
furt 338.68, Rordheim 187.46, Rangenhelm 756.26, Rammenz
1883.98, Homberg 344.06, Gierdorf 528.13, Freiburg a. N. 171.40,
Rarlshof 378.13, Großheubach 4.90, Eöln I 386.12, Danzig 98.16, Altmarihan
600.-, R.-Schreiberhan 38.80, Rbenberg 15.70, Salzwedel 10.-,
Hlenburg div. 14.-, Gaderleben 14.79, Annkichen 137.54,
Rarlshof 85.16, Albenberg 168.58, Greiz 49.58, Delftern 117.12,
Dornap 645.20, Duffeldorf 367.44, Eubendorf 892.89, Eigershausen
471.90, Eifenach 112.65, Greifswald 387.-, Gommern 4016.16,
Rößlerhüt 1355.60, Grünsfeld 351.98, Wittingen 6.60, Großflatt-
grün 340.62, Gäßlich 5551.04, Hamburg 1191.33, Herzogswaldau
127.90, Herford 126.40, Haslach 452.82, Hemenau 470.14, Hinz
539.30, Sindich 1217.08, Königshain 1356.87, Sechfen 144.10,
Lauterbach 96.08, Rarlshof 233.11, Rühlhausen i. Thür.
499.42, Rünchen 182.20, Rauer 255.84, Wittenberg 187.50, Rags-
burg 290.44, Rarlshof 298.12, Rarlshof 229.42, Okerode 802.08,
Lindenau 310.84, Ober-Aula 387.88, Ortenberg 210.-, Rober-
born 64.98, Rastod 1451.98, Rofa a. h. Rön 187.83, Seibitz 556.40,
Rell. 447.56, Edra-Randow 280.04, Wlm 568.50, Wirsberg
619.64, Weßlar 236.16, Weig-Randow 88.68, Wolfshagen 46.25,
Siegelanger 733.42, Ludwig Seif, Kassierer.

Verfallungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.
Wenja bei Leipzig. Sonntag, den 18. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, Restaurant „Gute Quelle“.
Netten. Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr
im Gasthof Bät.
Nürnberg. Sonntag, 25. Januar, nachmittags 3 Uhr,
Historischer Hof, Neugasse 24.

als „Beamt“ angestellt, einmal, weil sie auf diese Weise un-
abhängig und frei sich der Ausgestaltung der Gewerkschaft widmen kon-
nten. Sie würden gewissermaßen der bestellte Anwalt der Interessen
ihrer Kollegen. Statt sie nun gleich von vornherein ihre ganze Per-
sönlichkeit als Agitator und Führer entfallen zu lassen, wurden sie we-
gen in die Tätigkeit hineingezwängt, die ihnen fremd und außerdem ein
Hindernis in der vollen Entwicklung zum sozial und wirtschaftlich hoch-
geschulten Beamten war. Was verlangte man nicht alles von ihnen:
Machtwortschreiben, Buchführung, Korrespondenzen erledigen, Kund-
schaften verfertigen, Rassenwesen, Rassenkämpfe geben, kurz lauter
Arbeiten, die meist erst erlernt werden mußten und einen Beruf für sich
ausmachten. Es gehörte schon eine besonders starke Individualität dazu,
in dieser Dreimühlenarbeit nicht zum Bürokraten zu werden. Die
Mitglieder aber wachen mit Argusaugen darüber, ob diese Arbeit auch
tatsächlich erledigt, ob die Bürokratie gehörig ausgefüllt wird.

So ist tatsächlich ein Stamm entwicklungsfähiger Gewerkschafter
zu Bürokraten gemacht worden. Was hätte näher gelegen, als die
rein mechanischen Arbeiten geübten Büroarbeitern von Beruf zu
übertragen und die tüchtigen Agitatoren zu vielseitig wirtschaftlich ge-
bildeten Führerpersönlichkeiten ausreifen zu lassen, die in lebendiger
Führung mit den Massen lebten? Hier hätte auch, wie wir schon ein-
mal sagten, der aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Sozialpoli-
tiker guter Prägung geschaffen werden können, gar nicht zu reden da-
von, daß auch der politische Arbeiterführer ohne übermäßige bureau-
kratische Belastung viel mehr Individualität aufweisen würde.

Wer nun glaubt, daß die Gewerkschaftsbürokratie verschwindet,
wenn sich diese radikaler Menschen auf den Sesseln des Stillesteh-
reihen, der dürfte eine Enttäuschung erleben. Sie werden nichts weiter
als jeweils ein Erbsch, welches sogar ein recht zweifelhafter Erbsch sein.
Zunächst dürften sie erkennen, daß die sogenannte Bürokratie so
eines wie ein Bestandteil einer täglich gleiche Wege spazierenden
Schreibkammer ist, und daß jeder Bürokrate mit der Zeit müffig wird.
Noblene, der tüchtige Gewerkschaftsbeamte ist so das Produkt profi-
tlicher Erziehung, daß wohl mancher, erst einmal in solch eine Haut
versetzt, begreifen dürfte, warum manches gerade so und nicht anders
ist. Daß immerhin aus den Kreisen der sogenannten „Gewerkschafts-
bureokratie“ viele Persönlichkeiten hervorgegangen sind, die an her-
vorragenden Regierungsposten ihren Wurm stellen, ist ein Beweis für
den hohen Entwicklungsgrad der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Jedweden Anlaß zur Bürokratisierung der Gewerkschaften zu
besitzen, ist natürliche Pflicht der Gewerkschafter. Erfolgreich ver-
mögen sie dies aber nur, wenn sie die talentierten Führernaturen von
geistlicher mechanischer Arbeit befreien und ihnen den Aufstieg zum
getreuen und begeisterten Anwalt ihrer Sache freimachen.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Obau-Doppach. Infolge des wenigen Entgegenkommens der Arbeit-
geber bei den Verhandlungen wegen der Teuerungszulage werden sämt-
liche Arbeiter, ob Steinmetzen, Hand- und Maschinenarbeiter und Hilfs-
arbeiter, ersucht, die gewillt sind, in dem Jahreshellenreich Arbeit an-
zunehmen, sich erst bei den Vorstandsmitgliedern oder deren Stellvertre-
tern zu erkundigen. Zugang ist unter diesen Umständen nicht zu emp-
fehlen.

Stuttgert. Zureisende Kollegen haben, bevor sie sich um Arbeit
berähnen, erst beim Kassierer vorzusprechen.

Stettin. Zureisende Kollegen werden sich am besten vorher an den
Kassierer Emil Witom, Hohenzollernstr. 26.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Auf wiederholte Anfragen muß bemerkt werden, daß nach dem
Statut die Erwerbslosigkeit der ersten 3 Tage - in allen Fällen -
nicht unterliegt wird. Es wird dringend gebeten, diese Bestimmung zu
beachten. Anders lautende im Leitfaden sind überholt, da eine
Neuausgabe nicht angefertigt werden konnte. Das Statut ist
immer maßgebend, weil es stets die Beschlüsse der letzten Verbandstage
enthält.

Bei Neubungen der Erwerbslosen an den Hauptvorstand (trans-
aktionslos) muß auf dem Meldeformular sowie im Ausgabungsblock
immer die Beitragsklasse, die Zahl der geleisteten Beiträge und die
Verbandsnummer des Erwerbslosen ausgefüllt werden. Es wird
dringend gebeten, diesen Hinweis zu beachten.

Adressenänderungen.

- I. Gau.
Schweina. Vorj.: Ruro, Cecilstr. 6.
II. Gau.
Gersdorf (Schlel. Kr. Rerode). Kass.: Reinhold Blasche.
Rennmündorf. Vorj.: Friz Riedel, Rangemündorf Nr. 168
(Kr. Löwenberg, Schlefen), Kass.: Konrad Harther, Forstlehdorf
Nr. 129 (Kr. Löwenberg, Schlefen).
Gülsberg (Schlel. Kr. Ritzsch). Kass.: Friz Jina, Große Rirchstr. 12.
Niederlinda. Vorj.: Gullaw Richter.
III. Gau.
Gera. Vorj.: Oyr. Leni, Pforten, Schützenberg 51.
Gotha. Kass.: Ernst Reifmann, Goethestr. 3.
Gotha. Kass.: Hans Patriz, Streiberstr. 9 II.
Oßach. Vorj.: Carl Franke, Kaiserstr. 15, Kass.: Bruno
Rommann, Rosenhof 12.
IV. Gau.
Seydlitz. Vorj.: Albert Schmitz.
V. Gau.
Obernand. Vorj.: Georg Heuft, Kass.: Josef Hrmers-
bach.
Schopbach. Vorj.: Wilhelm Rigand, Kass.: Georg Jung.
VI. Gau.
Hannheim. Vorj.: Wilhelm Baigand, Bergstr. 16, II. Hs.
Niedersachsen i. Baden. Vorj.: Aug. Egner, Kass.: Willy
Herdt, Hauptstr. 10.
VII. Gau.
Bayreuth. Vorj. u. Kass.: Hans Käb, Dombberger Str. 16.
Gera. Vorj.: Gg. Weidenhammer, Kass.: Konrad
Schaller.
Roth a. Emd. Vorj.: Georg Zimmer, Rohlengasse 245/4.
Ruppolding. Vorj.: Max Richter, Kass.: Jos. Keller.
Rangenhelm. Vorj.: Martin Raginger, Bodgasse.
VIII. Gau.
Auerbach. Vorj. u. Kass.: Hans Ruff, am Rabenstein 11.
Gera. Kass.: Josef Schmitt.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Das Räteystem. Zwei Beiträge zur Einführung in den Räte-
gedanken von Hugo Einzeimer, Mitglied der Nationalversammlung.
48 Seiten. Buchpreis 1,50 M., Vereinsausgabe 70 Pfennig.
Umschlag und Verlagsangabe W. m. S. J., W. Buchhandlung,
Frankfurt a. M. Der Verleger legt in einer Einleitung zu seiner
Schrift, daß er selbstverleihen geübt hat, weiteren Kreisen der
Arbeiterklasse eine klare Vorstellung des Räteens und der Bedeutung
des Rätegedankens zu vermitteln. Die Arbeiterklasse muß sich be-
wusst werden, daß nicht ein unwichtiges Nebenwerk vorzubringen
kann, sondern nur die klare Einbildung in den gesellschaftlichen Zusammen-
hang der Dinge. Versucht die Theorie nicht! Sie ist der Quell aller
wirklichen Praxis. Das ist die Grundidee, auf die diese Schrift ge-
baut ist, deren Auswirkung empfinden werden kann.

Das neue Landarbeiterrecht. Von Rechtsanwalt Dr. E. Koenigsch.
Die Verhandlung über eine vorläufige Landarbeiterverordnung vom
24. Januar 1919 ist der Beginn einer nötigen Umwälzung des
Landarbeiterrechts. Diese Verhandlung sowie alle auf den Verhand-
lungs bezüglichen Bestimmungen des Völkerrichts Gesetzbuches werden
das Wort mit erschöpfenden Erörterungen in dieser Schrift wieder-
gegeben, die der langjährige Rechtschreiber des deutschen Landarbeiter-
verbandes verfaßt hat. Das Buch wird ein willkommenes und nüt-
zliches Ratgeber für alle Landarbeiter, ihre Verbandsfunktionäre, wie
auch für die landwirtschaftlichen Unternehmer sein, besonders im
Sinn auf die in nächster Entwicklung begriffene Neuordnung der
Recht- und Arbeitsverhältnisse auf dem Lande durch Tarifverträge usw.